



Seite 2:
Energiekosten wichtiges Thema bei der
Kreisversammlung



Seite 3:
Jan Korte kritisiert Kampagne gegen
Erwerbslose



Seite 7:
Sommertour der Kreistagsfraktion

DIE LINKE ZEITUNG

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

11+12/2022



Heißer Herbst in Halle

Dirk Gernhardt, Wahlkreismitarbeiter MdB Petra Sitte

Die Heiße-Herbst-Tour der Linksfraktion gastierte am 1. November in Halle. Neben unseren Bundestagsgenoss*innen Petra Sitte, Sören Pellmann und Gregor Gysi sprachen mehrere Redner*innen u.a. vom Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen vor rund 700 Menschen aus Halle und Umgebung über linke Positionen zur aktuellen Teuerungskrise, auch in Folge des Ukraine-Krieges. Gemeinsam wurde ein Zeichen für Solidarität und soziale Gerechtigkeit gesetzt, gerade in Krisenzeiten. So kritisierten die Redner*innen die Tatsache, dass es keine ausreichenden Hilfen für die breite Mehrheit der Bevölkerung gibt, während die Energiepreispause Bestver-

diener*innen bevorteilt. Andere wiederum kritisierten die soziale Schieflage, die sich daran zeige, dass es immer noch keine Übergewinnsteuer gibt. Für uns ist klar: Es braucht Umverteilung von oben nach unten und eine echte Sozialpolitik. Parallel organisierte der Stadtverband Halle einen „Markt der Solidarität“ auf dem sich nicht nur zivilgesellschaftliche Bündnispartner wie die Wärmestube der Stadtmission Halle, der Blinden- und Sehbehindertenverband u.a. vorstellen und ihre Hilfsangebote präsentieren konnten, sondern auch über 300 „Suppen gegen soziale Kälte“ ausgegeben wurden. Dass Solidarität und soziale Gerechtigkeit nicht bei allen eine große

Rolle spielt, konnte man wieder einmal an den zwei störenden Kundgebungen aus dem rechtsextremen und verschwörungsideologischen Umfeld sehen. Diese Provokationen zeigen einmal mehr, dass die (Re-)Aktionen aus diesem Spektrum nicht über platte Marktschreierei hinaus reichen. Die Energie- und Inflationskrise braucht konsequente Antworten von links, wie einen richtigen, sozial gerechten Gaspreisdeckel, einem Verbot von Strom- und Gassperren und endlich eine Abschöpfung von Übergewinnen der Energiekonzerne. Die Ampel-Regierung muss Druck von links bekommen, wir überlassen die Straße nicht den Rechten.

Energiekosten wichtiges Thema bei der Kreisversammlung

Andreas Braun, Sympathisant

Die 21. Kreisversammlung am 22. Oktober 2022 stand im Zeichen der steigenden Energiekosten. Die Maßnahmen der Ampel-Koalition seien zwar ein Anfang, aber ob sie ausreichend seien, um den steigenden Kosten ein Ende zu bereiten, sei nicht absehbar. Zudem kommen die angekündigten Maßnahmen, die eine Deckelung der Preise für Energiekosten vorsehen, zu spät. Sie müssten mit Beginn der Heizperiode greifen, nicht erst, wenn der Winter bereits begonnen habe oder gar erst, wenn er zu Ende geht. Die Menschen müssten schnell entlastet werden, sagte die Kreisvorsitzende Henriette Krebs. Würden erst einmal Rückstände entstehen, sei es schwer, diese auszugleichen. Das betreffe vor allem Menschen mit geringem Einkommen, wobei auch zunehmend Menschen in den Strudel der hohen Kosten kommen, die bisher gut mit ihrem Einkommen ausgekommen sind. Ein weiteres Thema, das diskutiert wurde, war der Umgang innerhalb der Partei miteinander

und auch mit Sahra Wagenknecht. Die Bundestagsabgeordnete sorgt mit Äußerungen und ihrer Sicht auf unterschiedliche gesellschaftliche Themen einerseits für viel Aufmerksamkeit in den Medien und der Gesellschaft, doch sind diese Meinungen nicht immer im Einklang mit der offiziellen Parteilinie. Daher gab es in der Vergangenheit oftmals Forderungen nach einem Ausschluss. Ob dies die richtige Lösung ist, hielt die Kreisvorsitzende für fraglich. Es sei nicht abzustreiten, dass ihre Äußerungen sehr populistisch seien. Doch es seien Meinungen, die man als pluralistische Partei auch aushalten müsse. Die Partei müsse dagegen wieder lernen auf Augenhöhe miteinander zu streiten und nicht in den Medien übereinander herzufallen. Zu mehr Einigkeit rief auch der geladene parlamentarische Geschäftsführer Stefan Gebhardt auf, der die Partei an manch andere schwierige Zeiten in der Vergangenheit erinnerte. Meinungsfreiheit war das dritte große Thema der Kreisver-

sammlung. In seiner Rede ging der stellvertretende Kreisvorsitzende Tim Biermordt auf die aktuelle Situation im Iran ein. Die Menschen gehen auf die Straße, um gegen die Politik, die sich auf den Koran beruft und eine harte Auslegung der islamischen Glaubenslehre zur Staatsdoktrin erhebt, zu demonstrieren. Die Staatsgewalt reagiert hier mit brutaler Härte, Verhaftungen und Verboten. Das menschenverachtende Vorgehen wurde deutlich von den Anwesenden kritisiert und Solidarität mit den Demonstrierenden bekundet. Gleichzeitig wurde dem aus dem rechten Lager oft gerauchten Argument, dass man in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern dürfe, eine Abfuhr erteilt. Hier seien Meinungen geschützt und ebenfalls dürfe man die Regierung kritisieren und an Demonstrationen teilnehmen, ohne Angst vor Verhaftungen zu haben.



Bild oben: v.l. Andi Schneidewind, Henriette Krebs, Tony Böge, Stefan Gebhardt; Foto privat
Bild links: Klares Bekenntnis am Ende der Versammlung; Foto privat

Landtagsticker Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 17. u. 18.11.2022

Verlässliche Entlastungen für die Menschen im Land – staatliche Preiskontrolle auf Energiemärkten

Mit diesen beiden zentralen Forderungen hat die Linksfraktion eine aktuelle Debatte beantragt. Dazu führte die energiepolitische Sprecherin Kerstin Eisenreich aus: „Aktuell belastet eine Inflationsrate von mehr als 10 Prozent die Menschen im Land. Die Preissteigerungen vor allem bei Strom, Gas, Wärmeenergie, Sprit und Lebensmitteln spitzten sich mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine weiter zu. Darunter leiden insbesondere Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen. Die Armut der Menschen wächst und die Bundesregierung reagiert immer erst, wenn die Not so groß ist, dass sie reagieren muss. Doch statt die Ursachen der Inflation ernsthaft zu bekämpfen, kommt sie mit kleinen Pflastern daher. Einmalzahlungen und die als Bürgergeld getarnte Aufbesserung staatlicher Sozialleistungen werden die wachsende Armut nicht aufhalten. Dazu werden Spartipps erteilt, die für jene, die sich nur noch das Allernötigste leisten können, zynisch sind. Gleichzeitig torpediert die CDU/CSU das aus unserer Sicht unzureichende Bürgergeld. Da werden die Menschen als faul und arbeitsunwillig diffamiert und behauptet, dass es sich ja damit gar nicht mehr lohne zu arbeiten. Diese Behauptungen sind schlichtweg falsch.“ Schließlich hätten gerade CDU/CSU und SPD seit Jahrzehnten für einen der größten Niedriglohnsektoren weltweit gesorgt. Das Ausspielen der Ärmsten gegen die Armen sei perfide. Sie kritisierte, dass noch immer nicht klar sei, wie und wann der Gaspreis- und Strompreisdeckel endlich wirksam werde. Sie forderte daher einen Grundbedarf an Strom und Gas zu bezahlbaren Preisen. Die Konsequenz daraus sei, „die Preise durch den Staat zu kontrollieren. Auch Verbraucherzentralen bestätigen, dass nicht alle Preissteigerungen mit höheren Produktionskosten zu begründen sind. Denn es ist ja nicht so, dass die Preise einfach steigen, nein sie werden

erhöht. Da wird nämlich munter spekuliert. Die Profite der Energie-Unternehmen explodieren, verursacht durch eine fehlende Marktregulierung. Hier versagt der Markt und deshalb müssen die Preise kontrolliert werden, damit Energie bezahlbar bleibt.“ Gleichzeitig sei es notwendig, dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmer*innen mehr Geld in die Tasche bekommen. „Deshalb unterstützen wir die aktuellen Forderungen der IG Metall und von Verdi von 8 bzw. 10 Prozent mehr Einkommen für die Beschäftigten. Die Energiepolitik der letzten Jahrzehnte hat zur heutigen Situation geführt. Ein Zurück darf es nicht geben und es darf nicht darum gehen, die fossilen Energieträger weiter zu subventionieren. Dagegen müssen wir massive Investitionen in die erneuerbaren Energien und in alternative Energieprojekte setzen“, beendete Eisenreich ihren Debattenbeitrag.

Bürgergeld

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte eine Aktuelle Debatte beantragt, in der sie darauf drängen wollte, das Bürgergeld umgehend einzuführen und die Blockadehaltung der CDU zu beenden. Nur so könne die Teilhabe aller so schnell wie möglich umgesetzt werden. Die sozialpolitische Sprecherin Monika Hohmann betonte in der Debatte um die Zukunft von Hartz IV und Bürgergeld: „Wie schon im letzten Plenum erwähnt, stellt der Gesetzesentwurf zum Bürgergeld keine Überwindung von Hartz IV dar. So sind die Ansätze des Entwurfes zu befürworten, aber leider reichen diese nicht zur Etablierung einer armutsfesten Grundsicherung aus. Die Logik und die typischen Charakteristiken des bestehenden Hartz-IV-Systems werden weiter bedient. Hierzu zählen beispielsweise niedrigere gerechnete Regelleistungen sowie Sanktionen. Dementsprechend haben wir schon im letzten Plenum erläutert, dass es weitere notwendige Schritte

bedarf, um allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen und um Teilhabe am Erwerbsleben zu fördern. Das Bürgergeld ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. CDU und CSU wollen selbst die minimalen Verbesserungen durch das Bürgergeld nicht mittragen. Es zeigt die grundlegende Verachtung all jener, die im Leistungsbezugssystem sind. Der Umgang mit dem Bürgergeldentwurf sowie die Äußerungen über Menschen im Leistungsbezug waren in den letzten Wochen mehr als herabwürdigend.“ Monika Hohmann hob noch einmal hervor, wofür sich DIE LINKE seit Jahren einsetzt: Mindestlohn, die Sozialversicherungspflicht in jedem Arbeitsverhältnis sowie die Tarifbindung, die Umwandlung von Leiharbeit in reguläre Jobs und Unterstützung der Gewerkschaften sowie der Arbeitskämpfe! Seit Mitte der 1990er Jahre sei die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor um 3 Millionen auf 7,7 Millionen Menschen in Deutschland gestiegen. In diesem Bereich besonders häufig tätig und dementsprechend armutsgefährdet bzw. prekären Verhältnissen lebend sind Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Ostdeutsche, geringfügig Beschäftigte und Geringqualifizierte. Durch die Abschaffung des Niedriglohnsektors sowie die Einführung der Arbeitszeitverkürzung würde bspw. den Aufstocker*innen geholfen werden, sodass diese nicht weiter auf Leistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch angewiesen seien und sich das Arbeiten endlich wieder lohne. „Das von den Regierungsfractionen im Bundestag beschlossene Bürgergeld ist keine Überwindung von Hartz IV. Es sind aus Sicht der Fraktion DIE LINKE weitergehende Schritte nötig, um eine armutsfeste Grundsicherung in Deutschland zu etablieren. Deshalb werden unsere Vertreter*innen im Vermittlungsausschuss sich für den Entwurf des Bürgergeldgesetzes einsetzen.“

Jan Korte kritisiert Kampagne gegen Erwerbslose

von Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter

Es gibt wohl kaum einen geeigneteren Ort sich im direkten Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern über deren Sorgen und Nöte auszutauschen als den Wochenmarkt. Entsprechend lud der LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte im November auf den Karlsplatz zur Sprechstunde unter freiem Himmel ein.

Die zahlreichen Gespräche den Passanten fasst Korte im Anschluss zusammen: „Während die Lebenshaltungspreise explodieren und Millionen nicht wissen, wie sie über den Monat kommen sollen, fahren die Unionsparteien eine Kampagne gegen Erwerbslose und Niedriglohnverdiener.“



*Jan Korte (2. v.r.) mit Genossen*Innen auf dem Karlsplatz in Bernburg; Foto: privat*

Unverständnis äußert der Linkspolitiker zudem über die von der FDP als Koalitionspartner der Ampelkoalition signalisierte

Kompromissbereitschaft. Letztlich gehe es den Liberalen darum, den Unternehmen ein erpressbares Arbeitskräftereservoir zu sichern und den Niedriglohnsektor zu erhalten, so die Ansicht des Oppositionsabgeordneten.

„Dieses miese Spiel, die Armen gegen die noch Ärmeren auszuspielen, macht DIE LINKE nicht mit.“ Im Gespräch mit den Bürgern auf dem Karlsplatz warb Korte daher erneut für die sozialpolitischen Ziele seiner Fraktion.

Denn das geplante Bürgergeld der Ampel sei nicht im Ansatz armutsfest.

53 Euro mehr blieben einfach Armut per Gesetz, wenn die Lebensmittel um 40 Prozent teurer geworden seien.

Gedenken zur Reichspogromnacht in Güsten

von Ernst H. Brink, OV Saale-Wipper

Nach der Begrüßung durch den Sprecherat Saale-Wipper Ernst Hermann Brink, stellte dieser 3 Fragen zum Nachdenken für alle: „Verhindern wir mit dem Gedenkveranstaltungen tatsächlich eine Wiederkehr autoritärer oder gar totalitärer Herrschaft? Macht uns das Gedenken immun gegen Fremdenhass und Antisemitismus? Ist ein neuer Genozid tatsächlich ausgeschlossen?“ Der 9. November ist der wichtigste Tag im deutschen Gedenkalender. Der Tag markiert die Abdankung Wilhelms II. nach dem verloren Ersten Weltkrieg 1918, die Niederschlagung des Hitler-Putsches 1923, den Fall der Berliner Mauer 1989 und natürlich die „Reichspogromnacht“ 1938, die einen Schatten auf all die anderen Ereignisse wirft. Danach forderte die Kreisvorsitzende Henriette Krebs alle gemeinsam dem Vergessen entgegen zu stellen. Der 09. November 1938 war der Tag, an dem die Synagogen in Deutschland brannten. Es war der Tag, an dem das nationalsozialistische Regime seine Maske fallen ließ und zeigte, dass es willens war, seinem bereits begonnenen Antisemitismus in die Tat umzusetzen. „Reichskristallnacht“ nannten die Nazis die Gewaltexzesse gegen unschuldige Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. „Pogromnacht“ ist der Begriff, den wir heute verwenden. Am 09. November 1938 wurden unter Leitung der NS-Führung mehr als 1.300 Menschen getötet und 30.000 Menschen in Konzentrationslager

verschleppt. Etwa 7.500 jüdische Geschäfte wurden demoliert, rund 1.400 Synagogen und Gebethäuser in Brand gesteckt. Der planmäßigen Zerstörung jüdischer Einrichtungen folgte bald die systematische Vernichtung jüdischen Lebens in Europa. Stellvertretend für all die Schicksale möchte ich heute gemeinsam mit ihnen an Dr. Arno Phillipsthal erinnern. Dr. Arno Phillipsthal stammte aus Güsten, wo sein Vater auch ein Textilgeschäft betrieb. Zur Schule ging er in Bernburg in das Gymnasium Carolinum. Dr. Phillipsthal war ein Arzt mit einer sozialen Ader. So berechnete er sein Honorar nach dem Einkommen seiner Patienten, oft behandelte er Arme auch kostenlos. Sein einziges Vergehen war es, dass er ein Mensch mit jüdischem Glauben war. Er wurde am 21. März 1933 aufgrund von Verleumdungen in Berlin von SS-Männern festgenommen und starb am 3. April 1933 infolge schwerster Misshandlungen in Haft. 84 Jahre später stehen wir nun hier - Schauen nicht weg, erinnern und gedenken. Denn nach den Anschlägen am 09. Oktober 2019 in Halle und am 19. Februar 2020 in Hanau können wir den 09. November 1938 nicht als Vergangenheit abtun. Unsere jüngste Vergangenheit zeigt uns, wie aus Rassismus und Antisemitismus Hass wird und wie aus Hass Gewalt und Tod gegen unsere Mitmenschen erwächst. Es ist daher die Aufgabe eines jeden Einzelnen sich an die unfassbaren Taten der Nazis zu erin-

nern und dem heutigen Rassismus und Antisemitismus entschieden zutreten, damit aus dem „Nie wieder“ nach Halle und Hanau auch wirklich ein „Nie wieder“ wird.“ Mit einer Schweigeminute für die vielen unschuldigen Opfern wurde die Gedenkveranstaltung beendet. DIE LINKE Saale-Wipper führt diese Gedenkveranstaltung seit 2009 durch. 2022 nahm der Güstener Bürgermeister zum 1. Mal daran teil. Michael Kruse legte neben dem Gesteck der LINKEN ein Gesteck der Stadt Güsten nieder.



v.l. Ernst H. Brink und Bürgermeister Michael Kruse bei der Kransniederlegung in Güsten; Foto:privat

Der 9. November, ein Gedenktag!

von Hella Käthner, OV Bernburg

Der 9. November ist ein besonders geschichtsträchtiger Tag an dem nicht nur an den Fall der Mauer am 09.11.1989 erinnert werden soll. Nein, viel wichtiger ist das Gedenken an den 9. November 1938, die Reichspogromnacht, in der Hitler und seine Nazis alle Juden zu Feinden erklärten und sie zur Verfolgung freigaben.

Mit der Inbrandsetzung aller jüdischer Gotteshäuser begann am 9. November 1938 das Massaker. Und auch in Bernburg wurde die Synagoge im Buschweg niedergebrannt und alle Juden wurden aus ihren Geschäften und aus hohen Ämtern vertrieben, die weitere Verfolgung allen jüdischen Lebens begann. Sie wurden zusammengetrieben, in Waggonen verladen und in Vernichtungslager gebracht.

Gedenken wir immer, dass auch in Bernburg viele Juden zur Vernichtung ins Gas geschickt wurden. Unter ihnen auch die Kom-

munistin Olga Benario.

Zum Gedenken an diesen Tag fand an der Stelle der ehemaligen Synagoge in Bernburg wieder eine Gedenkfeier statt. Neben 2 Pfarrern hielt auch unsere Oberbürgermeisterin, die Genossin Silvia Ristow, eine Gedenkrede. Besonders auch wir Linken sollten uns an solcher Gedenkfeier mehr beteiligen, es ist unsere Pflicht! Wir Älteren erinnern uns an die in der Kindheit erlebten furchtbaren Kriegsgeschehen. An die über uns fliegenden brummenden Flieger mit ihrer Bombenlast, mit der sie die großen Städte, wie z. B. Leipzig und die großen Betriebe wie das Leuna-Werk und Buna-Werk in Schutt und Asche legten. Ich erinnere mich aber auch immer wieder an die Verfolgung meines kommunistischen Vaters, der von der Polizei erneut verschleppt und ins Gefängnis gebracht wurde. Wir gedenken aber auch, wie die damaligen Widerstands-

kämpfer ihr Leben einsetzten um für die zukünftigen Generationen ein besseres Leben zu verwirklichen. Wir sollten eben auch an dem 9. November dieser Generation gedenken und nicht nur dem Fall der Mauer.

Leider musste ich feststellen, dass DIE LINKE kaum auf der Gedenkfeier vertreten war. Unsere Pflicht ist es, ein Wiedererstarken der neuen Nazis und einen Sieg der AfD zu verhindern. Wir müssen uns für die Beendigung des Krieges in der Ukraine einsetzen und verhindern, dass Putin dieses Volk ausrottet. Es muss unser Ziel sein, dass in Zukunft ein friedliches Miteinander der Völker entsteht in dem es keine Kriege mehr gibt und keine Verfolgung Andersdenkender, Andersfarbiger sowie geflüchteter Einwanderer aus Kriegsgebieten.

Kulturpreis des Salzlandkreises an den Staßfurter Künstler Walter Richter

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender Staßfurt

In den Räumen der Staßfurter Urania stellt er gegenwärtig sein umfangreiches Schaffen aus.

Seit Jahrzehnten präsentiert er seine umfangreichen künstlerischen Arbeiten in der näheren Heimat,

aber auch in Magdeburg, Quedlinberg, Halberstadt, in Ostseeorten bis hin nach Tallin und Kiew.

Neben den Motiven aus der Heimat hat er oft das Zusammenleben der Völker in den Mittelpunkt seiner Arbeiten gestellt. Jahrelang wirkte er als staatlich anerkannter Zirkelleiter und widmete sich dabei vor allem der jungen Generation. Später waren es die ältere Generation mit der er mehr als 15 Jahre regelmäßig zusammenarbeitete.

Das Thema Frieden ist für ihn vor allem in der letzten Zeit besonders ans Herz gewachsen. Als einer aus seiner Heimat zur Kriegszeit Vertriebenen, stellte er auch persönliche Erlebnisse aus dieser Zeit künstlerisch dar.

Mit seinen nunmehr 91 Jahren ist für ihn



Walter Richter mit Mitgliedern des Auszeichnungsgremiums u. Landrat Markus Bauer; Foto:privat

im künstlerischen Schaffen noch lange nicht Schluß. Kürzlich schuf er für die Gedenktafel am Benneckeschen Hof eine Friedenstaube. Sein nächstes künstlerisches Gestaltungskapital will er einsetzen für die Umgestaltung des Mahnmals am Staßfurter Luisenplatz zu einem Friedensdenkmal.

Erste Entwürfe stellte er den Anwesenden bei der Veranstaltung vor.

Zu seinem 91. Geburtstag wurde sein jah-

reslanges Wirken mit der Verleihung des Kulturpreises des Salzlandkreises gewürdigt. Der Landrat Markus Bauer war mit Mitgliedern des Auszeichnungsgremiums zur vollständigen Überraschung von Walter Richter bei der Urania am 9. November erschienen, um im feierlichen Rahmen den Kulturpreis zu überreichen. Sie folgten damit der ausführlichen Antragstellung von Karl-Heinz Klix und Klaus Magenheimer vom Ortsverband DIE LINKE. Staßfurt.

Die durch eine junge Künstlerin musikalisch begleitete Veranstaltung wurde von Dr. Margit Kietz, Vorsitzende der Urania, im Beisein des Bürgermeisters Rene Zok und des Kulturausschussvorsitzenden Gerhard Wiest eröffnet. Die seit dem 1. November im Amt der Geschäftsführerin der Urania tätige stellvertretende Stadtratsvorsitzende Bianca Görke führte durch das Programm der Feierstunde. Sie klang mit herzlichen Gesprächen und Darstellungen vom künftigen Schaffen des Geehrten aus.

Jin, Jiyan, Azadî – Frauen, Leben, Freiheit!

Tim Biermordt, stellvertretender Kreisvorsitzender

Seit zwei Monaten protestiert die Bevölkerung im Iran, gerade junge Frauen sind in dieser Bewegung zu finden. Der Grund dafür ist der Tod der 22-jährigen Mahsa Amini, welche von der iranischen Sittenpolizei festgenommen wurde, weil sie ihr Kopftuch nicht nach den strengen Vorschriften getragen hat. Doch Mahsa wehrte sich gegen ihre Festnahme, worauf sie von der iranischen Sittenpolizei so schwer verletzt wurde, dass sie noch am selben Tag ins Koma fiel und 3 Tage später an ihren schweren Kopfverletzungen starb. Ihr Tod steht im Kontext einer Regierungskampagne zur Durchsetzung strengerer islamischer Kleidungs Vorschriften. Dieser führte zu landesweiten Protesten gegen staatliche Gewalt gegen Frauen und gegen die unzureichenden Frauenrechte im Iran. Viele Menschen, auch international, sehen Polizeigewalt als einzig plausiblen Grund für den Tod von Mahsa Amini.

Seit Beginn dieser Proteste gehen immer mehr Menschen, gerade junge Frauen auf die Straße und reißen sich ihr Kopftuch von den Haaren. Die Teilnahme an den Protesten bleibt nicht unbestraft. Dabei greift das Regime nicht zwangsläufig in eine aktive Demo ein, so aber verschwinden zahlreiche Demons-

trantinnen und Demonstranten nach einer Demo, sobald diese vorbei ist.

So zum Beispiel die Schülerin Nika Shakarami, welche sich am 20. September an einem Protest in Tehran beteiligte und noch am selben Tag verschwand. Erst 9 Tage später, am 29. September tauchte ihre Leiche in einer Leichenhalle auf. Innerhalb dieser 9 Tage haben die Eltern von Nika mehrere Polizeistationen aufgesucht und nach ihrer Tochter gefragt. Diese wussten jedoch nichts über Nika. Anfang Oktober veröffentlichte der Staat ein Video von Nika, welches sie bei einem Selbstmord zeigt. Dabei ist in dem Video zu sehen wie Tanten und Onkel von Nika bestätigen, dass es sich um Nika handle. Jedoch befinden sich diese zu dem Zeitpunkt in Gewahrsam der iranischen Polizei. Nur wenige Tage später veröffentlichte die Mutter von Nika ein Statement, worin sie widerlegte, dass das Mädchen in diesem Video ihre Tochter ist. Zudem erzählte sie von angekündigten Repressionen und Drohungen gegen sie und ihre Familie, sofern sie die „offizielle“ Todesursache ihrer Tochter nicht akzeptiert.

Mittlerweile sind 50 Kinder und Jugendliche Opfer des Mullah-Regimes geworden und es werden nicht die letzten sein.

Im Iran wurde die letzten 43 Jahre gemordet, es gab Hinrichtungen, Leute wurden gehängt, es gibt Frauenrechtsverletzungen – aber was hat uns das interessiert? Gar nicht! Das was neu ist, dass wir mit den mutigen Bildern, die uns die Menschen auf den Straßen unter Einsatz ihres Lebens drehen, konfrontiert werden.

Die Proteste im Iran gehen weiter und es entsteht eine Flut an Informationen.

Während ARD und ZDF ganz plump die offiziellen Meldungen des Staates übernehmen, suche ich mir meine Informationen von Journalist*innen vor Ort und Menschenrechtsorganisationen. Die bisher größte Medienpräsenz bekam das Thema von Joko und Klaas, diese nutzen ihre 15 Minuten zur besten Sendezeit um auf die Revolution aufmerksam zu machen.

Es bleibt zu beobachten, was im Iran passiert und wie es weitergeht. Dennoch gilt den Demonstrant*innen unsere Solidarität und das Wissen, dass sie in der westlichen Welt gesehen werden.

Zan, Zendegi, Azadi - Jin, Jiyan, Azadî - Frauen, Leben, Freiheit

Spendenübergabe an das Tierheim in Plömnitz

von Elke Rehmann, Ortsvorsitzende OV Region Bernburg (Saale)

Aufmerksam wurden wir durch einen Artikel in der MZ, dass das Tierheim in Plömnitz bauliche Mängel aufweist und dringend Reparaturarbeiten durchgeführt werden müssen. Dazu ist man auf Spenden angewiesen.

Also wurden bei jeder Gelegenheit in den vergangenen Monaten vom Ortsverband Region Bernburg Spenden gesammelt, z. B. beim Bergzeitfahren, beim Linken Sommerfest sowie bei „Culinario“. Am Ende kamen 230 € zusammen, die wir an die Leiterin des Tierheims Raza Zacharias übergeben konnten. Frau Zacharias freute sich sehr, nahm sich die Zeit und machte mit uns einen Rundgang über das Gelände. Sie zeigte uns die Unterbringungsmöglichkeiten für die Hunde und Katzen und erklärte, dass die Aufnahmefähigkeit auch hier, wie in anderen Tierheimen, bald an ihre Grenzen stößt.

Außerdem machte sie auf die schlechte personelle Ausstattung seit Corona aufmerksam. Einige ehrenamtliche Helfer mussten ihre Tätigkeit einstellen, um das Virus nicht zu verbreiten. Auch wirtschaftlich ist die Lage nicht rosig. Dem Verein wurden jetzt von den Stadtwerken Bernburg die Verträge



Spendenübergabe an das Tierheim Plömnitz; Foto:privat

gekündigt, die natürlich zu deutlich höheren Preisen neu abgeschlossen werden müssen. Auch dafür freut sich das Team des Tierheims

über jede Spende und wir versicherten, dass wir garantiert nicht zum letzten Mal da waren.

Abgeordnete spenden für Warmsdorfer Sportverein

Ernst H. Brink

Zum wiederholten Mal spendeten die LINKEN aus Saale-Wipper für den Warmsdorfer Sportverein. Die beiden LINKEN Güstener Stadträte Silke von Kalnassy-Klindt und Ernst Hermann Brink übergaben am Freitag, 11.11.2022 beim Training des Warmsdorfer Fußballnachwuchses 500 € an Gunter von Kalnassy vom Warmsdorfer Sportverein, der sich über die Zuwendung freute und herzlich bedankte. Gerade jetzt wo immer mehr Jugendliche in Warmsdorf Fußball spielen wollen, wird das Geld dringend für neue T-Shirts benötigt. Da die Stadt Güstener – wie viele andere Kommunen auch – kaum Geld für freiwillige Aufgaben zur Verfügung hat, ist der Verein auf Sponsoren angewiesen. Außerdem hat der Warmsdorfer Sportverein erst eine finanzielle Unterstützung von der Stadt für den neuen Sanitärcontainer erhalten. Brink erwähnte bei der Übergabe, dass es schon gute Tradition von LINKEN Abgeordneten im Bund, Land, Kreis, aber auch in den Kommu-

nen geworden ist, einen Teil der Diäten und Aufwandsentschädigungen zu spenden. In Saale-Wipper haben die Abgeordneten einen Solidarfond gegründet in den neben den beiden Stadträten auch noch die anderen linken Abgeordneten einen Teil ihrer monatlichen Aufwandsentschädigung einzahlen. Das Geld wird an Vereine, Initiativen oder einzelnen Aktivitäten von Bürgern und Bürgergemeinschaften ausgezahlt, die damit gemeinnützig kulturelle, soziale, sportliche und antifaschistische Zwecke verfolgen oder der Kinder- und Jugendförderung dienen. Anträge für eine Zuwendung können schriftlich an die Abgeordneten gestellt werden.



Spendenübergabe für Warmsdorfer Sportverein; Foto:privat

Sommertour der Kreistagsfraktion

Claudia Kästner, Fraktionsassistentin

Die Kreistagsfraktion nutzte die warmen Wochen im August und September, um wieder eine Sommertour durch den Salzlandkreis zu veranstalten. In diesem Jahr ging es vor allem um die Zukunft der Gesundheitsversorgung und sozialer Leistungen. Zwei Bereiche, die durch die Pandemie schon stark belastet wurden und in der aktuellen Lage mit Inflation und Energiekrise erneut zu kämpfen haben.

Den Auftakt machte ein Gespräch mit Ines Grimm-Hübner, Geschäftsführerin des awo Kreisverbandes Salzland e.V. und Katrin Bock, Leiterin mehrerer Einrichtungen im Landkreis. Anlass des Termins war der öffentliche Klageruf der awo Salzland über die massive personelle und finanzielle Unterversorgung der Beratungsstellen. Die beiden Frauen schildern das weite Arbeitsfeld „von der Wiege bis zur Bahre“, wie Ines Grimm-Hübner sagt. Kindereinrichtungen, einen großen Seniorenbereich und eben auch Suchtberatung und -prävention oder Familienhilfe bietet die awo an mehreren Standorten in den Altkreisen Aschersleben, Schönebeck und Staßfurt. Insbesondere die Beratungsstellen für Suchtkranke, für ihre Angehörigen oder Kinder sowie die so wichtige Präventionsarbeit und Nachbetreuung sind spätestens seit Corona über die Maßen belastet und die MitarbeiterInnen am Limit.

Die Anliegen aus dem Gespräch konnten die Fraktionsmitglieder zu den anschließenden Terminen bei Herrn Holz, Betriebsleiter des Jobcenters in Bernburg und Frau Rosins-

ki, Fachdienstleiterin Jugend und Familie beim Salzlandkreis in Staßfurt, mitnehmen. Mit Herrn Holz wurde vor allem über drei aktuelle Themen gesprochen: die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter, die Auswirkungen der Energiepreise und der Inflation sowie die künftige Ausgestaltung des Bürgergeldgesetzes. Deshalb waren zu diesem Termin auch die Landesebene durch die Fraktionsvorsitzende Eva von Angern und die Bundesebene durch die Wahlkreismitarbeiterin des MdB, Henriette Krebs, vertreten. Den Jobcentern im ganzen Land stehen vor großen Aufgaben. Nach einem Austausch zu wesentlichen Änderungen mit dem neuen Gesetz, erklärte der Betriebsleiter die Sicht des Jobcenters und die kommenden Aufgaben: IT-Umstellungen, Mitarbeiterschulungen, rechtliche Unklarheiten beseitigen, die Berechnung der Kosten der Unterkunft und mehr.

Anhaltendes Thema für die Fraktion bleibt die Gesundheitsversorgung im Landkreis. Mit Freddy Eppacher, Regionalgeschäftsführer Ost bei der AMEOS Gruppe, haben wir deshalb über die perspektivische Sicherung aller Standorte, die zukünftige Ausrichtung der Krankenhausversorgung, die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und die Situation während Corona gesprochen. Den Abschluss bildete ein Besuch der Rettungsleitstelle im Staßfurter „Sparkassen-Schiff“. Die Disponenten erklärten uns ihre Arbeit an Bildschirm und Telefon, die Kommunikation zwischen verschiedenen Rettungseinheiten, die

Software und den Stand der Technik. Der steht nämlich schon länger auf dem Prüfstand und muss erneuert werden. Sie berichteten auch von einer hohen Arbeitsbelastung durch viele unnötige Notrufe und haben ihre Sicht auf die geplante Zusammenlegung der Leitstellen Magdeburg, Bördekreis und Salzlandkreis geschildert.

Die Kreistagsfraktion hat viele Informationen und auch Aufträge für ihre eigene politische Arbeit aus den Gesprächen mitnehmen können. Besuche und persönlicher Austausch mit Akteuren, Entscheidungsträgern und Multiplikatoren vor Ort ist wichtig, um politische Entscheidungen und Gespräche am Infostand mit Hintergrundwissen zu unterfüttern. Wir danken allen GesprächspartnerInnen für diesen sehr offenen Dialog.

Einen ausführlichen Bericht von der Sommertour der Kreistagsfraktion finden Sie auf www.dielinke-salzlandkreis.de.



Besuch der Leitstelle; Foto:privat

AWO-Armutskonferenz: Durch das soziale Netz gefallen!?!

vom Wahlkreisteam Eva von Angern

Armut in Sachsen-Anhalt ist kein Randphänomen. 35% der Alleinerziehenden, mehr als jedes vierte Kind und 81.000 Senior:innen gelten bei uns als armutsbetroffen. Hinzukommt ein riesiger Niedriglohnsektor mit rund 250.000 Arbeitnehmer:innen. Vor diesem Hintergrund fand am 10. Oktober in Magdeburg die große Konferenz der AWO Sachsen-Anhalt »Durch das soziale Netz gefallen!?! - Sozialpolitischer Schiefelage konsequent entgegnet« statt. Vertreten waren dort zahlreiche Akteure - Tafeln, gemeinnützige Vereine oder das Netzwerk gegen Kinderarmut -, die sich für soziale Teilhabe und gegen Armut engagieren. Herausragend waren die Vorträge von Prof. Dr. Anne Lenze



Eva von Angern; Foto:DIE LINKE

zu »Existenzsicherung und Bürgergeld« und Prof. Dr. Butterwegge zum Thema »Armut und Ungleichheit in einem reichen Land«. Prof. Butterwegge erlangte bundesweite Aufmerksamkeit, als er 2017 für unsere Partei als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten antrat und das Thema Armut dabei offensiv in die öffentliche Wahrnehmung holte. Auch bei der Podiumsdiskussion war DIE LINKE stark vertreten mit Eva von Angern, der Vorsitzenden unserer Landtagsfraktion, die unmissverständlich klar gemacht hat, dass DIE LINKE in Sachsen-Anhalt die Stimme derer ist, die in Krisenzeiten nicht wissen, ob sie am Ende des Monats die Stromrechnung bezahlen können oder ob der Kühlschrank noch voll ist.

Kreisvorstand und Redaktion gratulieren herzlich den November- und Dezember-Geburtskindern

Zum 86. Geburtstag:
Franz Meier

Zum 80. Geburtstag:
Karin Schaarschmidt

Zum 70. Geburtstag:
Barbara Genau

Zum 60. Geburtstag:
Klaus-Jörg Engel
Thorald Windt



picture designed by orchidart/ Freepik

Allen anderen Mitgliedern unseres Kreisverbandes gratulieren wir ebenfalls!

**Ihr wollt die Partei unterstützen? Auch kleine Beträge sind uns stets willkommen: Spenden unter „DIE LINKE“ auf folgendes Konto:
IBAN: DE08 800 555 000 370 044 231
Vielen Dank für Eure Unterstützung im Voraus!**

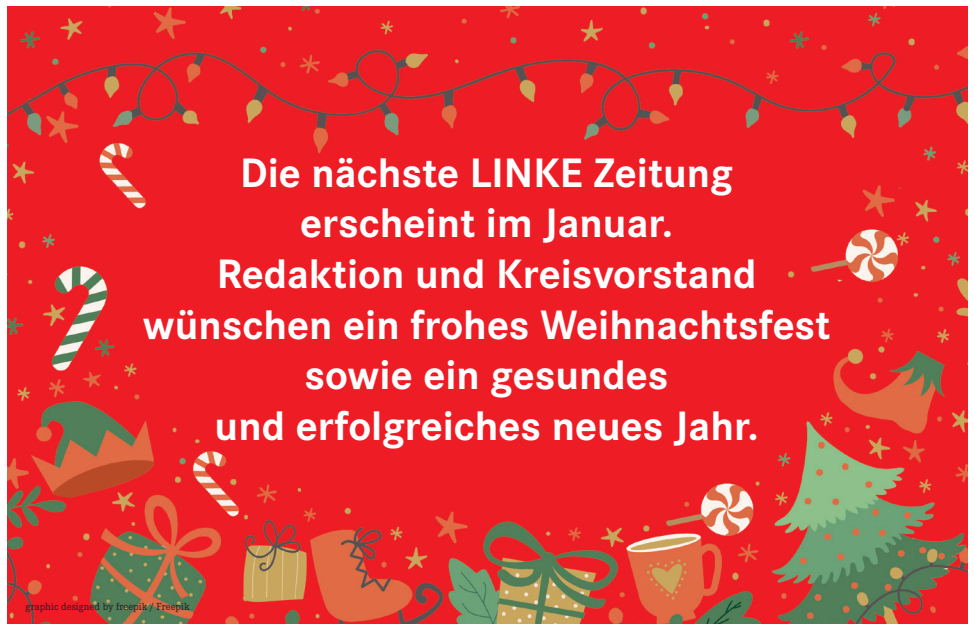
Bei jeder unserer Aktionen benötigen wir freiwillige Helfer*innen bzw. Unterstützer*innen und wir würden uns freuen, euch zahlreich begrüßen zu können.

Aufruf zur redaktionellen Mitarbeit!
DIE LINKE Zeitung sucht ständig Artikel aus allen Regionen des Salzlandkreises. Außerdem freuen wir uns über weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die Redaktionsarbeit.
Der Kontakt befindet sich rechts.

DIE LINKE.
Kreisverband Salzlandkreis

Am **24. Dezember 2022** findet zwischen **9.00 und 11.00 Uhr** am **Edeka in Güsten** (Thomas-Müntzer-Hof 3 in 39439 Güsten) ein **Info-Stand vom Ortsverband Saale-Wipper** unter dem Motto: **„Kinder beschenken statt Spekulanten!“** statt.

Mailverteiler des Kreisverbandes
Ergänzend zur LINKEN Zeitung gibt es 2 bis 3 Mal im Monat Informationen zu aktuellen Entwicklungen per Mail. Bei Interesse am Mailverteiler des Kreisverbandes schickt uns bitte eure Mail-Adresse an **dielinke-slk@t-online.de**



Herausgeber:
Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :
Andreas Schneidewind (Vi.S.d.P),
Andreas Braun
Klaus Magenheimer
Ernst-Hermann Brink
Henriette Krebs

Satz + Layout:
Karsten Noack, Juliane Bäse

Druck: WIRMACHENDRUCK

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 05. Januar 2023.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 23. November 2022.

Aktuelle Informationen zur Arbeit im Kreisverband gibt es auf:
www.dielinke-salzlandkreis.de